

POSTULAT von Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden), Lilith Claudia Hübscher (Grüne, Winterthur) und Urs Hans (Grüne, Turbenthal)

betreffend WLAN-Technologie In Primarschulhäusern

Der Regierungsrat wird gebeten, ein Moratorium für die drahtlose Vernetzung von Computern (WLAN) in allen Primarschulhäusern des Kantons Zürich zu beschliessen.

Susanne Rihs-Lanz
Lilith Claudia Hübscher
Urs Hans

Begründung:

Die letzte Erhebung zum «Stand der Informatikintegration an der Volksschule des (Kantons Zürich)» vom November 2006 hat gezeigt, dass in der Primarschule 80% und in der Sekundarschule 96% eine kabelgestützte Vernetzung der Computer haben. Ein Arbeiten mit dem Computer ist also mit dieser Technik in den meisten Schulen des Kantons Zürich garantiert. Trotzdem werden immer mehr Schulen als Ergänzung auch noch mit einer drahtlosen Vernetzung ausgestattet. 37% der Primarschulen und 44% der Sekundarschulen verfügen bereits über ein solches Netzwerk (Antwort des Regierungsrates auf die Anfrage KR-Nr. 198/2007).

Die Strahlenbelastung für die Kinder und die Lehrpersonen scheint kein Thema zu sein, obwohl Messungen gezeigt haben, dass in eng bestuhlten Klassenzimmern, wo mehrere Laptops gleichzeitig grosse Datenmengen senden, die Strahlung stark ansteigt. Dies könnte vor allem für kleinere Kinder problematisch sein, weil ihr junger Organismus auf Strahleneinwirkungen besonders empfindlich reagiert und die im Computer eingebaute WLAN-Karte (Air Port), die mit der Stärke eines Handys strahlt, in unmittelbarer Nähe der Köpfe der Kinder liegt. Auch wenn nach vorliegenden Studien und Messungen keine Verletzung von Grenzwerten festgestellt wurde, können mangels langfristigen Studien gesundheitliche Schäden nicht ausgeschlossen werden. Es ist Aufgabe der Behörden im Sinne des vorsorgenden Gesundheitsschutzes Kinder im Primarschulalter vor möglicherweise schädigenden Strahlen in den Schulzimmern zu schützen. Ihnen kann noch nicht zugemutet werden, dass sie mit der Technik der drahtlosen Vernetzung von Computern eigenverantwortlich umgehen können.

Vor wenigen Tagen hat die europäische Umweltbehörde EEA mit Bezug auf eine neue Überblicksstudie einer internationalen Forschungsgruppe dazu aufgerufen, das Vorsorgeprinzip beim Elektrosmog stärker zu gewichten. «Die aktuelle Forschung und die Analysen der Langzeiteffekte der Strahlung von mobiler Telekommunikation zeigen, dass es umsichtig von den Gesundheitsbehörden wäre, Massnahmen zu treffen um vor allem empfindliche Gruppen wie Kinder weniger stark dieser Strahlung auszusetzen», erklärte J. M., Executive Direktor der EEA (www.pressestext.de/pte.mc?pte=070917004).